

Wöchentlich 55 Pf., monatlich 1,60 M., im Voraus zahlbar, Postbezug 1,32 M., einschließlich Postgebühr, Kurierbescheinigung 6.— M. pro Monat.

Der „Vorwärts“ erscheint wochentags zweimal, Sonntags und Feiertagen einmal, die Abendausgaben für Berlin und im Handel mit dem Titel „Der Abend“, illustrierte Beilagen „Welt und Zeit“ und „Kinderfreund“, Ferner „Unterhaltung und Wissen“, „Frauenstimme“, „Tschail“, „Blitz in die Köcherwelt“ und „Jugend-Vorwärts“

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt

### Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Die einblättrige Sonntagsausgabe 40 Pfennig, Kleinbeilage 5.— Pfennig, „Kleine Anzeigen“ des letzten Monats 20 Pfennig (zuletzt zwei) (zweimalige Ausgabe), jedes weitere Blatt 12 Pfennig, Beleghe für das erste Blatt 15 Pfennig, Werte über 15 Blätter haben je zwei Werte, Arbeitsmarkt Seite 60 Pfennig, Familienanzeigen für Abonnenten Seite 40 Pfennig, Anzeigenausgabe im Hauptgeschäft, Lindenstraße 3, wochentags, von 8 1/2 bis 17 Uhr.

Redaktion und Verlag: Berlin SW 68, Lindenstraße 3  
Gemeinschreiber: Pöhlhoff 292—297, Telegramm-Adr.: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

Postfachkonto: Berlin 57.536. — Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten Bl. Nr. 65. Diskontogesellschaft, Depotkassen Lindenstr. 3

## Wilhelm Miklas Bundespräsident.

### Im dritten Wahlgang gegen — Schober gewählt.

Wien, 5. Dezember. (Eigenbericht.)

Am Mittwochabend wurde Nationalratspräsident Wilhelm Miklas im dritten Wahlgang mit 94 Stimmen bei Stimm-enthaltung der Sozialdemokraten zum Bundespräsidenten der Republik gewählt. Auf Polizeipräsident Schober entfielen 26 Stimmen. Miklas ist auf vier Jahre gewählt.

Im ersten Wahlgang stimmten die Christlich-Sozialen für Miklas, die Sozialdemokraten für den ersten Staatskanzler der Republik, Dr. Renner, und die Landbündler für den Wiener Polizeipräsidenten Johann Schober. Die vorgeschriebene absolute Mehrheit wurde für keinen der Kandidaten erreicht, so daß nachmittags 6 Uhr ein zweiter Wahlgang erfolgte, der gleichfalls ergebnislos verlief. Die Sozialdemokraten beantragten daraufhin eine Unterbrechung der Bundesversammlung um 1/2 Stunden und beschloßen, im dritten Wahlgang leere Stimmzettel abzugeben, die Wahl des bei der Wiener Bevölkerung wegen der Julivorfälle im vorigen Jahre verhassten Polizeipräsidenten Schober unter allen Umständen zu verhindern. Der dritte Wahlgang führte dann zur Wahl von Miklas.

### Erklärung der Sozialdemokraten.

Wien, 5. Dezember. (Eigenbericht.)

Der Verband der Sozialdemokratischen Abgeordneten und Bundesräte veröffentlicht folgende Erklärung:

„Die Sozialdemokratische Partei war bereit, jedem außerhalb der Parteien stehenden Wahlbewerber, der die Achtung und das Vertrauen aller Parteien genießt, ihre Stimme zu geben, um die Wahl eines Meritaten zu verhindern. Die Großdeutschen und die Landbündler haben jedoch die provokatorische Kandidatur des Johann Schober aufgestellt. Damit war selbstverständlich jede Möglichkeit eines Zusammengehens mit den Großdeutschen und Landbündlern zur Wahl eines Meritaten ausgeschlossen. Die Sozialdemokratische Partei hätte Herrn Dr. Hainisch oder jeden anderen außerhalb der Parteien stehenden freiwirtschaftlichen Ehrenmann einem Meritaten vorgezogen, aber die Sozialdemokratie zieht jeden persönlich achtbaren Meritaten einem Johann Schober vor. Daher hat der Verband, nachdem er in zwei Wahlgängen seine Stärke gezeigt hatte — sein Kandidat erhielt nur drei Stimmen weniger als der gewählte Bundespräsident — beschloßen, im dritten Wahlgang leere Stimmzettel abzugeben und dadurch den von den Großdeutschen und Landbündlern unternommenen Anschlag auf die Ehre der Republik und vollkommen auf den Frieden in der Republik sofort und vollkommen abzuhaken. Diese Entscheidung ist dem Verband um so leichter gefallen, als der heute gewählte Herr Bundespräsident, unbeschadet aller politischen Gegenätze, als Präsident des Nationalrats das Vertrauen auch der sozialdemokratischen Abgeordneten erworben hat.“

Nach der Wahl des Präsidenten des Nationalrats, Miklas, zum Bundespräsidenten und nachdem dieser einer Abordnung der

Bundesversammlung gegenüber erklärt hatte, daß er die Wahl annehme, dankte Präsident Eidersch dem bisherigen Bundespräsidenten Dr. Hainisch für seine Tätigkeit, die zur Verankerung der Verfassung in den Herzen der Bevölkerung beigetragen und sein Amt vollständig gemacht habe. Die ganze Versammlung nahm diese Worte mit lebhaftem einmütigen Beifall auf. Hierauf leistete der neue Bundespräsident den Eid auf die Verfassung. Präsident Eidersch hielt sodann eine Ansprache, in der er Bundespräsident Miklas zur Wahl beglückwünschte und ihm versicherte, daß trotz der durch Parteidifferenzen schwierigen Wahl die Bundesversammlung ihm Achtung und Vertrauen nicht verlagern werden, da der Ernst und die strenge Unparteilichkeit, mit der er sein bisheriges Amt geführt habe, mit Zuversicht erwarten lassen, daß er das Vertrauen rechtfertigen werde, das das österreichische Volk in den Repräsentanten seiner Souveränität setze. Es sei nicht zu zweifeln, daß Präsident Miklas in seinem Amt zur Wohlfahrt des Vaterlandes, zur weiteren Stärkung des republikanischen Gedankens und zur internationalen Geltung Österreichs beitragen werde. Präsident Eidersch schloß seine Ansprache mit einem begeistert aufgenommenen dreifachen Hoch auf die Republik.

Der neue Bundespräsident hat als christlich-sozialer Abgeordneter eines niederösterreichischen Wahlkreises, wo er Direktor einer höheren Schule ist, bereits dem altösterreichischen Parlament angehört. In der vorläufigen Nationalversammlung war er es, der am 12. November 1918 für die Christlich-Soziale Partei die Erklärung für die Republik abgab, was für diese Partei eine starke Wandlung bedeutete. Seit fünf Jahren war Wilhelm Miklas Präsident der Nationalversammlung, (neben unferem Genossen Mathias Eidersch), und er hat dieses Amt stets mit allgemeiner Anerkennung Objektivität geführt. Als bei den Kundgebungen wegen des Kellnerstreiks im Wiener Café Brück vor kurzem die sozialdemokratischen Abgeordneten Seidel und Zelenka widerrechtlich verhaftet wurden, hat Präsident Miklas sich mit aller pflichtgemäßen Energie für die Rechte des Parlaments gegen die Regierung und ihre Polizei eingesetzt.

Miklas ist katholisch-meritator Ueberzeugung. An seiner republikanischen Gesinnung und seiner persönlichen Integrität ist kein Zweifel, die Sozialdemokraten haben deshalb auch schließlich durch Abgabe leerer Zettel seine Wahl ermöglicht.

Persönlich mag es interessieren, daß der neue Bundespräsident, dessen Frau eine Bauerntochter ist, dreizehn lebende Kinder hat.

Als bald wird nun die Amtszeit des Bundespräsidenten Dr. Michael Hainisch ablaufen. Dem ausgezeichneten Mann ist die Entlastung von den Pflichten seines Amtes wohl zu gönnen. Er wird desto lieber zurückkehren zu seiner über 60jährigen Mutter Marianne, der Vorkämpferin des Frauenrechts, zu seinem Mustergut in den Alpen und zu seinen Studien.

## Auftakt zu Lugano.

### Die Reden Chamberlains und Briands.

Von Rudolf Breitscheid.

Am 10. Dezember beginnt die Wintersitzung des Völkerversammlungsraats. Nach einer Pause von neun Monaten treffen sich zum erstenmal wieder die Außenminister von Deutschland, Frankreich und England, mit Rücksicht auf deren Gesundheitszustand diesmal Lugano statt Genf als Tagungs-ort gewählt worden ist.

Leider haben Ausführungen, die in den letzten Tagen Chamberlain und Briand in ihren Parlamenten machten, den bevorstehenden Besprechungen einen nicht besonders sympathischen Auftakt gegeben. Sie haben beide, der eine in der Beantwortung einer Anfrage, der andere in einer großen außenpolitischen Rede, Probleme, die zwischen ihren Ländern und Deutschland strittig sind, in einer Weise behandelt, die zu Bedenken Anlaß gibt. Man muß bedauern, daß Herr Stresemann nicht mehr Gelegenheit hatte, vor seiner Abreise ebenfalls von der Parlamentartribüne aus zu den Darlegungen seiner Kollegen Stellung zu nehmen. Es ist wiederholt angeregt worden, man möge auch im Deutschen Reichstag die Praxis der „Kleinen Anfragen“, insbesondere was außenpolitische Dinge betrifft, wieder einführen und dadurch dem Außenminister die Möglichkeit gewähren, prompt in eine internationale Debatte einzugreifen. Aber auch die Kleinen Anfragen haben nur Sinn, wenn das Parlament beieinander ist, und bei uns ist es ja betrüblicherweise zur Gewohnheit geworden, daß die bürgerlichen Parteien die Sitzungstage auf ein Mindestmaß beschränken, und die Zeit der infolge besonderer Umstände notwendigen Unterbrechungen immer noch um einige Tage verlängern. So wird Herr Stresemann also warten müssen, bis er in Lugano dem Engländer und dem Franzosen Auge in Auge gegenübersteht, bevor er die von ihnen geäußerten Auffassungen zurückweisen und ihre wirklichen Absichten feststellen kann.

Er wird Herrn Chamberlain dann wohl die Frage vorlegen, ob er ernsthaft der Meinung ist, daß der Artikel 431 des Versailler Vertrages den Alliierten das Recht gibt, die Rheinlande bis zu dem Augenblick besetzt zu halten, in dem Deutschland die ihm auferlegten Reparationsverpflichtungen bis zum letzten Pfennig erfüllt hat. Es wird ihm ein leichtes sein, den Nachweis zu erbringen, daß das unmöglich der Sinn des angezogenen Paragraphen sein könne, da doch in demselben Vertrag von einer Totalräumung nach 15 Jahren die Rede ist, nach einer Frist also, in der die großen von der Gegenseite geforderten Zahlungen schlechterdings nicht geleistet werden können. Er kann sich im übrigen darauf berufen, daß die Auslegungen Chamberlains im Widerspruch stehen zu einer Darstellung, die der Schatzminister Churchill vor kurzer Zeit gegeben hat. Gar nicht zu reden von Franzosen wie Tardieu und Sandoz, die beide ausgezeichnete Sachkennner und keineswegs der Vorliebe für Deutschland verdächtig, Deutschland das Recht auf die Räumung für den Fall zugesprochen haben, daß es den Erfordernissen eines endgültigen Reparationsplanes pünktlich entspricht.

Auch Briand hat in seiner Rede aufs neue die These von dem Fehlen eines deutschen Rechtsanspruches vertreten. Aber er hat zum mindesten nicht die restlose Erfüllung der Reparationsansprüche der Alliierten zur Voraussetzung der Befreiung des Rheinlandes gemacht. Nur hat er wieder, wenn auch in etwas dunkler und unklarer Form die Idee einer besonderen Vergleichskommission distilliert. Man muß dem französischen Außenminister immer aufs neue sagen, daß eine solche Kommission für die deutsche Regierung über das Jahr 1935 hinaus nicht tragbar ist, und daß Deutschland eher geneigt ist, die schwere Last der Befreiung bis zu diesem Zeitpunkt zu tragen, als für die Dauer eine einseitige und ganz naturgemäß die Gefahr von Schikanen in sich bergende Kontrolle zuzugestehen.

Im übrigen hat Herr Briand auch diesmal die Notwendigkeit einer Verständigung mit Deutschland lebhaft unterstrichen, und wir zweifeln keinen Augenblick an seiner guten Absicht. Er will den Frieden und er will die Annäherung der beiden Völker. Aber mit dem guten Willen allein ist es nun einmal nicht getan. Was Deutschland vernimmt, sind Taten, die, ob es nun auf sie einen Rechtsanspruch besitzt oder nicht, geeignet wären, den drückenden Alb von seiner und Europas Brust zu nehmen. Der französische Außenminister darf sich nicht wundern, daß man bei uns unruhig und misstrauisch wird, und wenn er sich jetzt auch noch einmal bemüht hat, seine Genfer Rede zu erklären, und sie in erster Linie mit dem Echo zu begründen, das die Worte des Reichskanzlers Müller in einer „gewissen“ deutschen Presse gefunden haben, so hält sie doch bei uns noch immer nach und wird sie nachhallen, bis zu der Zeit, wo eine erträgliche Verständigung über die Reparationen erfolgt ist, das Rheinland frei sein wird und die französischen Rüstungen aufhören werden, in dem heutigen trassen Mißverhältnis zu den unsrigen zu stehen.

## Neue Gefahren?

### Bayerisches Misstrauen gegen Escherichs Neugründung.

München, 5. Dezember. (Eigenbericht.)

Das Echo auf die Neugründung Escherichs, den sogenannten Heimatschutz, hat das Wesen und die Bedeutung der geplanten „Volksebewegung“ in Bayern enthüllt. Es handelt sich um nichts anderes, als um den Versuch einer Nachahmung der österreichischen Heimatswehr, also der Neuorganisation faschistischer Hilfstruppen für die politische und soziale Reaktion in Bayern, nachdem Zersplitterung und Nähreruneinigkeit die vaterländischen Verbände seit langem zu jämmerlicher Ohnmacht verurteilt haben.

Um sich das Wohlwollen der Regierung zu sichern, stellen die Drahtzieher, die alleamt deutschnationalen Couleure sind, die ganze Aktion als eine Art Hilfsdienst für die Regierung Geld dar. Die bei der Gründung gehaltenen Reden, vor allem der Hinweis auf den pflichtmäßigen Einsatz der Person rückt aber so sehr nach hochverräterischen Vorbereitungen, daß maßgebende Regierungsparteien, die Bayerische Volkspartei und noch mehr der Bauernbund, das Vorhaben Escherichs beargwöhnen und zum Teil offen ablehnen. Diese Kreise sehen in der Heimatschutzaktion neue

Gefahren für ihren wankenden Staat, nachdem gerade in Bayern die Erfahrungen gezeigt haben, daß in diesen faschistischen Wehrverbänden die Nebenregierungsgelüste den fruchtbarsten Nährboden haben.

Die stärksten Bedenken spricht ein führendes Organ der Bayerischen Volkspartei, die „Münchener Postzeitung“ aus, die bereits in der Art der Proklamierung des Heimatschutzes den Anfang einer neuen Untergrabung der Staatsautorität erblickt. Das Blatt warnt besonders dringend davor, daß die Bayerische Volkspartei nicht etwa wie in den Jahren 1921 bis 1923 das Menschenmaterial für die Krassprüche der neuen, sogenannten überparteilichen Führer liefert.

### Beschlagnahme völkischer Schriften.

München, 5. Dezember.

Die Staatsanwaltschaft beim Landgericht I hat, wie der „Bayerische Beobachter“ meldet, gegen den Geschäftsführer des Parteiverlages wegen Herausgabe des Niederbuchs der Nationalsozialistischen Partei und des Standarten-Kalenders 1929 ein Verfahren wegen Aufreizung zum Klassenhaß und Vergehens gegen das Republiksschutzgesetz eingeleitet und mit Beschluß vom 3. Dezember die Beschlagnahme dieser Verlagsprodukte sowie der sämtlichen zu ihrer Herstellung und Vertriebsförderung dienenden Platten, Formen und Mischens angeordnet. Die Postdirektion München hat die Beschlagnahme vollzogen.

# Hamburg und Preußen.

## Einig im Willen zum Einheitsstaat.

Hamburg, 5. Dezember. (Eigenbericht.)

Bei dem Empfang, den der Hamburger Senat dem preussischen Ministerpräsidenten Dr. Braun am Mittwochabend gab, ergriff der Hamburger

### Bürgermeister Dr. Petersen

das Wort zu einer Ansprache, in der er darauf hinwies, daß zehn Jahre seit dem Zusammenbruch vergangen seien und daß neben Friedrich Ebert dem preussischen Ministerpräsidenten Dr. Braun Dank für die Aufbaurbeit gebühre. Im Vorlauf dieses Jahrzehnts habe man sich erst allmählich von der föderalistischen Denkart befreien müssen. Er, Bürgermeister Petersen, habe sich während seiner Arbeit für den Einheitsstaat die habe während seiner Arbeit für den Einheitsstaat die

Schön könnte mißverstanden werden, wenn ich diesen Worten nicht ganz eindeutig hinzufüge, daß wir Hamburger durchaus unter den gleichen (föderalistischen D. K.) Anschauungen standen. Stolz auf die Tradition einer seit einem Jahrtausend in allen Ecken der Zeit bewahrten hanseatischen Bürgerfreiheit, schen und scheint uns die staatliche Selbständigkeit ein hohes Gut, das wir treu zu bewahren verpflichtet sind, bis der Tag kommt, an dem Preußen seine letzte große deutsche Mission erfüllt und das Reich, das es gegründet und zusammengehalten hat, zur wirklichen Einheit führt. Hamburg hoffe, daß dieser Tag nicht mehr in allzuweiter Ferne liege. Während der Vorverhandlungen zwischen Preußen und Hamburg habe man das Problem nur unter dem Gesamtsächsischen Gesichtswinkel betrachtet und sei zu einer grundsätzlichen Übereinstimmung gelangt. Dr. Petersen ging dann die einzelnen Punkte (gemeinsame Landungsplattenskommission, Problem der Hafengemeinschaft, Siedlungsfrage, Möglichkeit der Arbeitsbeschaffung, Wohlwollen der Reichsregierung) durch und schloß seine Ausführungen mit der Aufforderung an seine Hamburger Mitbürger: „Lassen Sie uns das gute Werk, das hier begonnen ist, großartig und mit weitem Blick weiterführen und in ihm mit allen Kräften und Möglichkeiten, die wir haben, unserer großen deutschen Mission dienen.“ Ein Hoch auf das „preussische Volk“, den Ministerpräsidenten, die Staatsregierung und die preussischen Gäste gab den Abbruch der Rede.

Darauf erhob sich

### Ministerpräsident Dr. Braun

zu einer Rede, in der er zunächst ausführte, daß er dem Beispiel des Hamburger Bürgermeisters folge, wenn er nicht so sehr als Preuße, denn als Deutscher spräche. Gestatten Sie, daß ich da vorerst noch folgendes ausspreche: Der Austausch von föderalistischen Staatsbesuchen zwischen dem Oberen deutscher Länder ist im Hinblick auf die neuen Verfassungsverhältnisse des Reichs an sich etwas Ungewöhnliches, und unter dem Gesichtspunkt, daß es in der jetzigen Zeit geboten erscheint, die Einheitsstaatlichkeit des Reiches zu betonen, vielleicht auch nicht einmal erwünscht, da es leicht zu Mißdeutungen führen kann. Aus dieser Erwägung heraus ist es während der langen Jahre, in denen ich die Ehre

habe, mein jetziges Amt zu bekleiden, heute auch erst das zweitemal, daß ich mich in dieser Situation befinde. Gleichwohl habe ich mich gerade zu dieser Reise nach Hamburg gern entschlossen, weil hier ungewöhnliche und vor allem im Interesse des ganzen Reichs wichtige Gründe mitsprechen. Preußen verkörpert das Expansionsbedürfnis der größten deutschen Hafenstadt, Hamburg, nicht, wenn auch die Verhandlungen vergangener Jahre nicht zum Gelingen führten, die Verhältnisse haben sich geändert und auch auf die festere Einheit des deutschen Reiches gerichteten Bewegung, die in der letzten Zeit immer größere Schichten des deutschen Volkes ergriffen hat, ergeben sich stark fördernde Impulse für die hier an der Unterseite auf wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Gebieten zu leistende staatspolitische und kommunalpolitische Gemeinschaftsarbeit. Diese Gemeinschaftsarbeit, die das Wiedererstehen unserer schwer ringenden deutschen Wirtschaft und ihrer Weltgeltung, wie die Förderung des wirtschaftlichen und kulturellen Wohlergehens der in ihr wirkenden wertebildenden Kräfte zum Ziele hat,

wird um so fruchtbarer sein, als in ihr über Landesgrenzen und Zuständigkeiten hinweg der große deutsche Einheitsstaat lebendig bleibt.“

Dr. Petersen sei der erste Staatschef in Deutschland gewesen, der den Mut gehabt habe, öffentlich für den Einheitsstaat einzutreten. „Daß auch in Preußen große Volkstreu dem Aufgehen in einem einheitlichen Reich zustreben, ist bekannt, wenn auch die Auffassungen über Weg und Zielgestaltung noch auseinandergehen. Preußen würde ja auch seine ganze historische Mission verkennen, wenn es, von eigensüchtigen Beweggründen geleitet, sich dieser großen Einheitsbewegung hemmend in den Weg stellen wollte. Dieser Gedanke der Einheit und Schicksalsverbundenheit aller deutschen Länder und Volksteile hat in den hier zur Lösung des Interaktionsproblems gepflogenen Verhandlungen bereits einen guten, Erfolg verheißenden profunden Ausdruck gefunden. Wenige Wochen gemeinsamer Arbeit für die auch ich den beiderseitigen Vertretern Anerkennung und Dank aussprechen möchte, haben genügt, um das gesteckte Ziel zu erreichen. Sind auch Einzelheiten noch zu regeln, so konnten Sie, Herr Bürgermeister, und ich doch schon heute nachmittag eine Vereinbarung unterzeichnen, die die wichtigsten Gebiete und Grundlinien für die zukünftige Zusammenarbeit Hamburgs und Preußens festlegt.“

Ministerpräsident Dr. Braun beendete seine Rede mit den Worten: „Wir haben die Hoffnung, daß dieses Beispiel, das Hamburg und Preußen hier gegeben haben, bahnbrechend und richtungweisend für die gesamte Neuauferstehung des Deutschen Reiches wirken möge. Die Landesgrenzen sind in unserem Falle zwar noch nicht beseitigt, aber sie sind überwunden worden. Sie sind überwunden worden, weil wir uns bei diesen Verhandlungen nicht als Hamburger und nicht als Preußen fühlten, sondern als Deutsche.“

In einem Hoch auf Hamburg, seinen Bürgermeister und das ganze Deutsche Reich sang die Rede aus.

Was uns jetzt noch besonders erschreckt, das ist die Art, wie am Dienstag in der französischen Kammer sowohl von Briand wie noch mehr von dem Sozialradikalen Francois Albert die Frage des Anschlusses zwischen Deutschland und Oesterreich behandelt worden ist. Man hat fast den Eindruck, als ob hier nach einem neuen Vorwand gesucht werde, der die Hinausschiebung der deutsch-französischen Befriedigung ermöglichte. Was sollen wir denn tun? Sollen wir etwa in einer feierlichen Erklärung auf das Prinzip des Anschlusses verzichten? Keine Regierung und keine Partei würde sich jemals dazu hergeben.

Herr Albert hat mich persönlich zitiert und den Wunsch ausgesprochen, daß die von mir vertretene Richtung, die auf den Frieden und das Selbstbestimmungsrecht der Völker hinarbeite, in der Sozialdemokratie zur herrschenden werden möge. Das ist offen gesagt nicht recht verständlich. Es gibt in der deutschen Sozialdemokratie keine andere Richtung als die, die den Frieden und das Selbstbestimmungsrecht der Völker will. Aber eben aus diesem Grunde halten wir grundsätzlich an dem Recht des Anschlusses fest, wobei wir selbstverständlich das Selbstbestimmungsrecht seine Grenze an den Friedensinteressen der Nationen finden lassen wollen. Nur glauben wir, daß es nicht etwa Frankreich allein zusteht, darüber zu bestimmen, ob der Zusammenschluß der Deutschen im Reich und in Oesterreich eine Friedensbedrohung bedeutet.

Nur soll man die Dinge nicht so darstellen, als ob dieser Gedanke seinen Ursprung in einer feierlichen oder gar sozialistischen Intrige habe. Er entspricht, wenn es noch einmal gesagt werden muß, durchaus den Forderungen, um deren Befriedigung willen die Alliierten bestehende Staatswesen zerlegt, und neue Gebilde geschaffen haben. Briand vertritt heute die Meinung, daß, wenn etwa 10 Proz. der österreichischen Bevölkerung den Anschluß nicht wollen, der Wunsch dieser Minorität berücksichtigt werden müsse. Wir vermögen uns einstweilen nicht vorzustellen, daß er im Ernst an dieser sonderbaren Auffassung von Demokratie festhalten behenkt, oder wir fürchten eben, daß er und die, die ihm beipflichten, sich auf den gefährlichen Weg zur Schaffung neuer Schwierigkeiten und neuer wenig stichhaltiger Gründe für die Ablehnung der Rheinlandräumung begeben. Briand selbst nennt die Anschlussfrage nicht akut. Er weiß zweifellos, daß die große Mehrheit des deutschen Volkes diese Ansicht teilt und an der Notwendigkeit der Zustimmung des Völkerbundes zu der Vereinigung der beiden Staaten nicht vorübergehen will. Wozu also das große Aufgebot leicht widerlegbarer Argumente?

## Auferstehung der Opposition.

### Deutschnationale Ladenhüter als Außenpolitik.

In den letzten Sitzungen des Auswärtigen Ausschusses und bei der außenpolitischen Debatte im Reichstagsplenum legte sich Graf Westarp als Wortführer der Deutschnationalen eine bemerkenswerte Zurückhaltung auf. Er sprach zwar von einem Bankrott der Bocaropolitik, blieb aber auf die Frage, welchen außenpolitischen Kurs er als Ersatz vorschlägt, die Antwort schuldig. Die deutschnationale Reichstagsfraktion hat nunmehr vier Anträge eingebracht, die offenbar so etwas wie ein Programm der „nationalen Opposition“ darstellen sollen. Sie lauten:

1. Die Reichsregierung zu ersuchen, die Einsetzung eines internationalen, nur aus Angehörigen von im Weltkrieg neutral gebliebenen Ländern zu bildenden Schiedsgerichtes zur Untersuchung der Kriegsschuldfrage unter Offenlegung aller Dokumente der am Weltkrieg beteiligten Länder für dieses Schiedsgericht zu fordern und solange, bis der Spruch eines solchen Schiedsgerichtes ergangen ist, bei allen internationalen Verhandlungen davon auszugehen, daß Deutschland den Artikel 231 des Versailler Vertrages nicht mehr anerkennt.

2. Die Reichsregierung zu ersuchen, in Fortführung der seit dem Jahre 1924 in Sachen der Reparationsverhandlungen unternommenen Schritte anfänglich der Reparationsverhandlungen die Erklärung abgeben zu lassen, daß Deutschland das ihm durch Artikel 231 des Versailler Vertrages aufzuzwungene Schuldkenntnis nicht anerkennt und es ablehnt, die von Deutschland geforderten Zahlungen, wie es in Artikel 231 geschieht, mit einer Pflicht zur Wiedergutmachung begründen zu lassen.

3. Die Reichsregierung zu ersuchen, zur Vorbereitung der bevorstehenden Reparationsverhandlungen alsbald eine Denkschrift über die deutschen Leistungen an die Entente seit November 1918 einschließlich der Gebietsverluste, Wegnahmen und Zerstörungen, auch soweit durch den Ruhrstreik verursacht, gesammelt und Gegenständen und Werten, vorzulegen.

4. Die Reichsregierung zu ersuchen, die nötigen Schritte zu tun, daß die nach dem Gesetz vom 8. Juli 1927 und den Pariser Vereinbarungen über die Luftfahrt noch bestehenden Beschränkungen der deutschen Luftfahrt im Hinblick auf die in der Zwischenzeit erzielten Fortschritte in der Luftfahrt und in dem Luftfahrtrecht aufgehoben werden.

Die „Deutsche Zeitung“ verzeichnet diese Anträge unter der Überschrift: „Endlich aktive deutsche Außenpolitik“ und feiert sie als den zweiten Schritt zur Rückkehr in die nationale Opposition. Die Anträge und die Stellungnahme der „Deutschen Zeitung“ kennzeichnen die Situation. Es handelt sich mit Ausnahme des harmloseren dritten Punktes bei den Forderungen um vergiftete Ladenhüter, die schleunigst im Gisthant der deutschnationalen Reichstagsfraktion verschwand, als die Deutschnationalen vier Mann stark in die Reichsregierung einmarschierten. Es gab während der vier Jahre Bürgerblockregierung Gelegenheit genug, im Sinne der deutschnationalen Forderungen vorzugehen. Nach einem täglich mißglückten Versuch hat es jedoch das von den Deutschnationalen beherrschte Bürgerblockkabinett ängstlich vermieden, auch nur eine Außenpolitik zu betreiben, die an das deutschnationale Aktionsprogramm erinnerte. Die Väterlichkeit detartiger Aktionen trat zu deutlich zutage. Abgestandene Ladenhüter als aktive deutschnationale Außenpolitik — die nationale Opposition ist sehr bescheiden geworden!

Das bedächtige Unterrichtsministerium hat — wie uns aus Karlsruhe gemeldet wird — einen Professor von der Oberrealschule in Pforzheim, der sich als Anhänger der nationalsozialistischen Partei in besonders gehässiger Weise gegen die Republik betätigt, seines Amtes enthoben.

Vertrauensvotum in Eßland. Der unter sozialistischer Führung stehenden neuen Regierung wurde mit 53 gegen 24 Stimmen das Vertrauen des Parlaments ausgesprochen.

## Selig sind, die geistig arm sind...

### Ein Pastor als Seifensieder.

Man glaubt, trotz aller üblen Erfahrungen, immer noch nicht, welche seltsame Pflanzen auf der lieben Erde wachsen. Sendet uns da ein Freund des „Vorwärts“ ein Blättchen zu, das am Baume der protestantischen Kirche ersprossen ist und wozu scheint, in die wärmenden Strahlen des Humors gerückt zu werden.

Das Blättchen ist gedruckt und nennt sich ein „Sonntagsblatt der Gemeinschaft des Hauses „Gotteshilfe“ in Reutlingen, Ziehnstraße 15“. Als Leiter zeichnet ein Prediger Schimming, als verantwortlicher Redakteur ein P. Bohmann in Uchtenhagen bei Jallenberg i. d. Mark. Das „P“ soll selbstverständlich Pastor heißen, so daß wir in die Gottgefälligkeit des Blattes keinen Zweifel setzen dürfen.

Da das Papierchen dem Lotensamstag gewidmet ist, so nimmt es nicht wunder, daß es sich mit Verstorbenen beschäftigt. Unter anderem muß auch unser alter August Bebel herhalten, der sich ja nicht mehr wehren kann, da er seit 1913 tot und eingäschert ist. Das Traktätchen ringt um Bebel's Seele. Deshalb behauptet es, Bebel habe kurz vor seinem Tode sich wieder zu Gott bekennt. Bitterlich läßt es ihn „in seinen letzten Augenblicken“ sprechen:

„Berührt keine suchende Seele! O, was muß ich leiden! Ueberall kommen sie mir entgegen mit drohend erhobenen Händen und fluchen mir, daß ich zwar für ihre materiellen Bedürfnisse gesorgt, aber das geistliche Element ihnen genommen und sie dadurch unglücklich gemacht habe.“ „Bereinig dich“, so fuhr er fort, „zu einem Bund und ruft es durch die ganze Welt: „Gott lebt, Gott lebt!“

Als Quelle für diesen Unsinn gibt das Kirchenblatt an: „Börnsenblatt Nr. 3 von 1916“. Sehr niedlich! Ein Börnsenblatt — das übrigens niemand kennt — wäre wohl nicht gerade der richtige Ausleger der Gedanken und Gefühle eines August Bebel. Das müßte eigentlich selbst ein Dorfpfarrer aus der Mark hegretzen.

Indessen, rechtens wird nicht mit den heiligen vom Haus Gottes in Reutlingen. Auch August Bebel würde nicht mit ihnen rechten, sondern den Unsinn abtun mit den Bibelworten: „Vergib ihnen, denn sie wissen nicht, was sie tun“; oder „Selig sind, die geistig arm sind...“ Mögen sie also selig bleiben und weiter die Geister der Abgeschiedenen beschwören!

## Stinnes und die Ruhrbesetzung.

### Eine zeitgemäße Erinnerung.

Genosse E. Knoll vom ADGB schreibt uns:

Das „Berliner Tageblatt“ bringt seit einiger Zeit Veröffentlichungen aus dem Tagebuch des früheren englischen Botschafters in Berlin, Lord d'Abbernon, worin Bezug genommen wird auf die Verhandlungen in Spa im Juli 1920, an denen auch Stinnes als nicht offizielles Mitglied der deutschen Delegation teilgenommen hatte. Nach den Aufzeichnungen des englischen Diplomaten hat Stinnes damals gesagt, daß die Alliierten nicht glauben sollten, im Falle der Ruhrbesetzung auch nur ein Stück Kohle zu erhalten.

Das erinnert mich an eine Unterredung, die ich am Tage vor der Ruhrbesetzung auf ausdrücklichen Wunsch einer Regierungsstelle in Berlin mit Stinnes in Wülheim hatte, um seine Auffassung über die Ruhrbesetzung und die etwa zu ergreifenden Abwehrmaßnahmen,

namentlich im Zusammenhang mit der Arbeiterschaft zu erfahren. Damals erklärte Stinnes wörtlich, daß er „Aber mit eigener Hand die Dynamitpatrone in den Kolsofen legen würde, als daß die Franzosen auch nur einen Wagon Kohle erhalten sollen.“

Herr Stinnes hat dieses Wort nicht eingelöst, woraus man ihm schließlich keinen Vorwurf zu machen brauchte und auch nicht gemacht hat. Was aber festgehalten zu werden verdient ist, daß er, der in Spa sowohl wie einige Monate später in Wülheim so große Töne gegen die Franzosen geredet hat, es gegen Erde des Ruhrkampfes mit am eifrigsten gehabt hat, zu dem französischen Besatzungskommando zu laufen und dieses zu bitten, für das besetzte Gebiet die deutsche Sozialgesetzgebung außer Kraft zu setzen. Stinnes ist tot. Sein Geist jedoch lebt fort. Er ist es, der sich in der Kueperrung in Nordwest ausstirbt. Die Erben dieses Geistes sind noch immer bereit, jeden Pakt mit dem „feindlichen Ausland“ zu schließen, wenn sie damit der „sozialpolitischen Lasten“ ledig werden können. Das ist die Lehre, die die Arbeiterschaft aus diesem Kampfe zu ziehen hat.

## Winterbeihilfe in Braunschweig.

### Auf Antrag der sozialdemokratischen Regierung.

Braunschweig, 5. Dezember. (Eigenbericht.)

Der Hauptausschuß des braunschweigischen Landtags hat auf Antrag der sozialistischen Regierung auch in diesem Jahre eine Winterbeihilfe für Hülfsempfänger beschlossen. Alle Sozialrentner, Kleinrentner, Arbeitslosengeldempfänger und sonstigen in offener Fürsorge befindlichen Einwohner erhalten eine Wirtschaftshilfe von 15 M. für den Hauptunterstützungsempfänger, 10 M. für die Ehefrau und 7 M. für jedes Kind. Es werden insgesamt etwa 14 000 Personen unterstützt werden. 265 000 M. sind für die Winterbeihilfen von der braunschweigischen Regierung verlangt und vom Hauptausschuß des Landtags bewilligt worden.

## Täglicher Bericht.

### Aus dem kommunistischen Hauptquartier.

Das Organ des Lenin-Bundes fügt den täglichen Berichten über gemauerte Verfolgungen oppositioneller Kommunisten durch Thälmann's Rote Frontkämpfer einen neuen hinzu. Ein ehemaliges Mitglied der SPD, das heute noch zahlendes Mitglied des Roten Frontkämpferbundes ist, geriet in einem Lokal der Roten Frontkämpfer in eine politische Debatte mit dem zuständigen Verteilungsleiter. Nachdem man ihn mit Ausdrücken wie Lump, Stroich, Falch, Trojki bombardiert hatte, verließ der Verteilungsleiter mit seinem Mann das Lokal. Auf dem Heimweg wurde der Oppositionelle dann von 15 bis 20 Roten Frontkämpfern überfallen und derart mit Stahlruken mißhandelt, daß er zu einer Unfallstation gebracht werden mußte. Der Oppositionelle ist schwer krank und kriegsverletzt.

Das Organ des Lenin-Bundes fügt der Schilderung des Tagesbestandes hinzu, daß der Lenin-Bund genötigt sei, gegen die erregungsfreudigen Kommunisten mit denselben Mitteln des Terror vorzugehen. Es geht eben nichts über die kommunistischen Methoden einer Erziehung zum Klassenbewußtsein und zur Solidarität des Proletariats.

# Berliner Wohnungsbauprogramm

## 30 000 kleine Wohnungen sollen gebaut werden.

Vor den Mitgliedervertretern der sozialdemokratischen Partei-Abteilungen Berlins referierte in den Sophienkloster-Stadtvorordnungsamt-Vorlesung Genosse H. G. über das neue Wohnungsbauprogramm, das der sozialdemokratische Stadtrat Genosse Czerninski der Stadtvorordnungsversammlung vorgelegt hat.

Der Referent führte vor seiner Zuhörertheit folgendes aus, daß für den kommenden kommunalen Wohnungsbau die Lösung der Wohnungsnotfrage die wichtigste sein wird. In der Vorkriegszeit baute der Hauswirt nach der Rentabilität, und da die Arbeiter nicht sehr zahlungsfähig waren, gab es auch keine guten Arbeiterwohnungen. Erst nachdem die Sozialdemokratie auch im Stadtparlament starken Einfluß hatte, begann die Stadt Berlin eine großzügige Wohnungsplanung. Die sozialdemokratische Stadtvorordnungsaktion sah die Lösung der Wohnungsnot als ihre Hauptaufgabe und hat ihre wertvollsten Kräfte dafür zur Verfügung gestellt.

### Plan für 9 Millionen.

In den letzten Tagen ist der Bebauungsplan für Berlin fertiggestellt. Danach kann auf dem Grund und Boden der Stadt Berlin Wohnraum für 9 Millionen Menschen erstellt werden. Berlin ist heute der zweitgrößte Grundbesitzer im Reich, mit heute der zweitgrößten Grundbesitzer im Reich, mit 88 000 Hektar besitzt es 55 000. Der Teil von Grund und Boden, der der Stadt ein Mitbestimmungsrecht über die Ausnutzung dieses Bodens zur Erstellung von Wohnungen. Die Stadt wird dafür sorgen, daß keine Kavernen entstehen, daß in die Wohnsiedlungen Grünanlagen eingeschaltet werden. Trotzdem in Berlin mehr als 50 Proz. aller Kinder tuberkulös sind, hat die bürgerliche Mehrheit im Rathaus sich nie bereit gefunden, ein großzügiges Wohnungsbauprogramm zu schaffen. Sie hat es der Privatinitiative überlassen, den so notwendig werdenden Wohnraum zu bauen. Erst mit dem stärksten Einfluß der Partei wurden auch die von den Gewerkschaften gegründeten gemeinnützigen Baugesellschaften in stärkerem Maße zur Lösung dieser Aufgabe herangezogen. Gegen den Willen der bürgerlichen Vertreter hat die Stadt eine Reihe sozialistischer Baugesellschaften gegründet. Berlin hat in den letzten Jahren 24 000 bis 26 000 Wohnungen im Jahre gebaut. Da 1928 Berlin 32 000 neu zuziehende Familien hatte, reichen diese Neubauten nicht einmal dazu, den zuziehenden Familien Wohnungen zu geben. In einer Verteilung der Wohnungsnot wird Berlin noch über zehn Jahre zu arbeiten haben. Selbst die Zusatzbauprogramme von 2000 Wohnungen verändern das Bild nicht wesentlich.

### Berlin hat aber kein Geld zum Bauen.

Die von Berlin aufgedruckten Hauszinssteuern werden immer noch zu einem großen Teil von Reich geschuldet. Von 350 Millionen, die Berlin ausbringt, bleiben ihr gerade 120 Millionen übrig. Damit sind nicht mehr als 24 000 bis 26 000 Wohnungen mit Hauszinssteuerfinanzierung zu finanzieren. Die Forderung, daß Berlin, solange die Wohnungsnot größer ist als in allen anderen Städten, über die gesamten von ihr aufgedruckten Mittel an Hauszinssteuer verfügen kann, muß immer wieder aufgestellt werden. Die Statistik hat ergeben, daß

größten sozialpolitischen Lasten. Einer Heraushebung der Wertsteuern wird die Sozialdemokratie nicht zustimmen, ebenso nicht einer Drosselung der sozialpolitischen Lasten. Berlin wird zunächst versuchen, inländisches oder ausländisches Kapital für den Wohnungsbau aufzutreiben. Die 2000 Wohnungen des Zusatzbauprogramms, die mit 15 Millionen Hauszinsmitteln gebaut werden, sind jetzt in Auftrag gegeben, 1000 werden in Reinickendorf und der Rest an der Heerstraße gebaut. Die Wohnungen sollen bis zur Bauausstellung fertig sein. Es werden Musterwohnungen entstehen, die außer vollständigen Schulanlagen und Sportplätzen ein Schwimmbad enthalten, sowie eine Zentralrundfunkanlage. Berlin ist wirtschaftlich allen anderen Großstädten gegenüber benachteiligt. Trotzdem wird es der Sozialdemokratie gelingen, ihre Aufgabe, für die Arbeiterklasse billigen Wohnraum zu schaffen, zu erfüllen.

Landgerichtsdirektor Rube dankte im Auftrage der Versammlung dem Referenten und teilte noch mit, daß die Mieterorganisation der Partei jetzt eine enge Fühlungnahme mit den städtischen und stierreichischen Mieterorganisationen aufgenommen hat.

## Die schwer geschädigte Kommune.

### Waldenburg um eine Million betrogen.

Man weiß seit langem, daß die Finanzlage der Stadt Waldenburg in Schieflage sehr gespannt ist. Jetzt erfährt man, daß die schlesische Kommune durch die Praktiken zweier Vermittler einen Schaden von etwa einer Million Mark erlitt. Es handelt sich um zwei Kaufleute, Theodor Rathke und Leon Reichmann aus der Mohrenstraße im Berliner Zentrum, die von anderen Käufern her nicht ganz unbekannt sind.

Waldenburg hatte 1927 eine Anleihe aufgenommen, die durch einen geachteten Berliner Bankier begeben wurde. In der Begebung der Anleihe war der Vermittler Rathke beteiligt, und ihm war auch die Regelung des Zinsdienstes übergeben worden. Die von der Stadt Waldenburg zu einem Kurs von 90 erworbenen sechsprozentigen Kommunalschuldenscheine, die von der Frankfurter Hypothekendarlehenbank beschafft waren, lagen bei einem Bankier im Depot, und Rathke konnte zunächst über die Stücke selbst nur mit Genehmigung des Oberbürgermeisters Dr. Wiesner in Waldenburg verfügen. Die Stadt Waldenburg hatte sich, wie üblich, verpflichtet, für die Obligationen Nachschüsse zu zahlen, wenn der Kurs unter 90 sinken sollte. Diese Nachschüsse wurden sehr bald fällig, da der Kurs bis auf 87 zurückging, und Waldenburg mußte erhebliche Zuschüsse leisten. Am 1. April d. J. war nun die erste Zinsrate für die Anleihe in Höhe von 90 000 Mark fällig, die Rathke abzudecken hatte. Diese Rate rechnete Rathke der Stadt Waldenburg gegenüber nicht ab und erklärte, daß er nicht zahlungsfähig sei. Waldenburg war in Verlegenheit, wo man die Gelder zur Abdeckung hernehmen sollte, und dies nicht Rathke aus. Er schickte den bei ihm tätigen Vermittler Leon Reichmann nach Waldenburg, wo dieser mit Oberbürgermeister Wiesner verhandelte. Reichmann setzte durch, daß die Obligationen aus ihrem bisherigen Depot herausgenommen und der Firma Rathke übergeben wurden, so daß Rathke frei über die einzelnen Stücke verfügen konnte. Zum machte sich Rathke, der bis dahin Treuhänder gegenüber Waldenburg gewesen war, der schweren Untreue schuldig, indem er ohne Wissen seiner Auftraggeber nach und nach den ganzen Anleihebetrag im Werte von 755 000 Mark verkaufte und die Gelder für private Geschäfte verwandte. So kaufte er Luxusautomobile, Motorboote, ein Gut usw. und gab Darlehen, die nicht wieder herentamen. Als der Oberbürgermeister im Sommer dieses Jahres zur Kontrolle nach Berlin kam, war bereits nichts mehr zu retten. Nun beauftragte der Oberbürgermeister, der hoffte, das Geld für seine Stadtverwaltung retten zu können und sich deshalb zu einer Straf-

anzeige nicht einschließen konnte, den Vermittler Leon Reichmann als Treuhänder, und die Stadt Waldenburg gab erneut 150 000 Mark an Reichmann, da inzwischen neue Zinszahlungen fällig geworden waren.

Die Angelegenheit beschäftigt jetzt die Staatsanwaltschaft, da es klar geworden ist, daß die gesamten Beträge für die Stadt Waldenburg verloren sind. Die städtischen Körperschaften Waldenburgs werden sich, wie wir hören, in den nächsten Tagen mit der Betrugsoffiziere besetzen.

## Wie war das mit der Emmi?

### Ein Kapitel von der Schußlosigkeit der Hausangestellten.

Eine achtzehnjährige Hausangestellte hatte gegen den um mehrere Jahre älteren Sohn ihrer Herrschaft Anzeige erstattet, weil er ihr Gewalt angetan haben sollte, und der junge Mensch, der übrigens verlobt war, war zu 1 Jahr 6 Monaten Gefängnis verurteilt worden. Er gab sich mit dem Urteil nicht zufrieden, so begann gestern vor dem Landgericht die auf drei Tage berechnete Berufungsverhandlung.

Der Prozeß verdient trotz des Ausschlusses der Öffentlichkeit in mancher Beziehung öffentliches Interesse. Man hörte wieder einmal, welchen Gefahren so einem achtzehnjährigen Mädchen von den herrschaftlichen Söhnen drohen, und wie blind die Eltern sind, die überhaupt nichts davon merken, was in ihrem Hause vorgeht. Daß sie auch Verpflichtungen dem jungen Mädchen gegenüber haben, daran denken sie überhaupt nicht; es sind ja — darin hat sich offenbar noch nicht viel geändert — nur Dienstmädchen.

Wie war es also mit der Emmi? Das Urteil erster Instanz hatte ihr geglaubt, daß der damals 25jährige Sohn des Hauses — die Sache liegt mehr als zwei Jahre zurück — mit Gewalt den Hals von der Lür zum Hängeboden, wo das Mädchen schlief, herausgestoßen und es durch Schläge und Würgen in seine Gewalt gebracht hat. Es glaubte auch dem Mädchen, daß es der Frau des Hauses davon keine Mitteilung gemacht habe, weil es fürchte, kurz vor Weihnachten ohne Stellung zu bleiben. Das Mädchen schwieg, weil es annahm, die Ueberrumpfung durch den jungen Menschen würde sich nicht wiederholen. Sie wiederholte sich aber doch. Wieder tat er ihr, so sagte sie, Gewalt an. Sie schrieb, eine Nachbarin hörte die Schreie und stellte die schreckliche Kunde am nächsten Morgen zur Rede; sie sah auch Kratzwunden im Gesicht des Mädchens und überredete es, bei der Polizei Anzeige zu erstatten. Der Arzt stellte gleichfalls Kratzwunden fest. Es kam zu peinlichen Auseinandersetzungen mit der Herrschaft, und Emmi ging. Das Gericht erster Instanz glaubte dieser Darstellung, nicht aber der ihres Verteidigers, der erzählte, daß die Annäherungsversuche ganz allmählich vor sich gegangen seien und schließlich zu einem Liebesverhältnis geführt hätten. Er habe, so erklärte er, etwa zwei bis dreimal in der Woche den Hängeboden aufgesucht und dort seine Schatzkündchen gehalten. Eines Tages hatte er das Mädchen auf der Straße mit einem Mann gesehen und diesen dem Mädchen gegenüber als Ludewig bezeichnet. Sie hat ihm den Ludewig zurückgegeben, wofür er ihr ein paar Ohrfeigen verfehlte. Da erst habe sie zum Fenster hinaus geschrien und am nächsten Tage gegen ihn Anzeige erstattet: entweder aus gekränkter Liebe, oder, wie er meint, aufgehetzt durch die Portierleute, die auf ihn, den Stahlschelm, schlecht zu sprechen gewesen wären.

Das Gericht zweiter Instanz wird zu entscheiden haben, ob das, was auf dem Hängeboden vor sich ging, Liebe oder Vergewaltigung war. Das Urteil wird in einigen Tagen gesprochen werden.

## Im Paternoster togedrückt.

Im Friedrichstr. 210 ereignete sich gestern ein schmerzhafter Unfall. Der 20jährige Monteur Alfons Reithes aus der Schreinerstraße 21 war im Kellergeschoß mit Reparaturarbeiten am Paternosteraufzug beschäftigt. Trotz der Warnungen seiner Arbeitskollegen betrat Reithes den Personenaufzug verbotswidrig von der Rückseite. Plötzlich wurde er vom Geirische erfasst und mit dem Kopf zwischen der Schachtwand und dem Paternosteraufzug eingeklemmt. Die Feuerwehr befreite den Bergungsglücken aus seiner qualvollen Lage und brachte ihn in das Urbanfrontenhaus. Auf dem Wege dorthin trat der Tod ein.

Fenster sich der Mond spiegelt, wohnt Bija. Sie kann nicht zu mir hinuntergehen, denn die Frau Oberst hat den Schlüssel. Indessen schiebt sie den Vorhang ihrer Stube zur Seite und hebt die Hand. Dann ist Krieg, und sie muß abends die Kriegszeitung holen, das Neueste vom Kriegsschauplatz. Sie gleitet über den Apparat zu mir her und küßt diesen Menschen. Ihr Kuß schmerzt wie Feuer, denn sie geht wieder fort, über die fraulichen und beweglichen Blättermuster, die der Mond unter den Bäumen dudelt. Spät gehe ich heim, durch leere Straßen, an einer Backsteinkirche hin und begegne einem Manne und einer hinternden Frau, die einen Kinderwagen führen. Plötzlich ist heller Tag, eine rote Wolke bedeckt die ganze Stadt, und ein Mensch rennt an mir vorbei, der empor und schreit: „Die Knallwerke brennen!“ Und ich schmerzte ihr Kuß wie Feuer.

Das Wauchs der Kerze tropft ins Stroh, aber der Brief des Klees wächst sich aus. Draußen rennen Leute im Regen. Albering hebt sich von seinem Mantel und sagt leise: „Nicht aus, Tierlein.“

„Gleich fertig,“ antwortet der Schreibende. Mein Stern ist verlunken. Die Käuse fressen mich auf, und was übrigbleibt, ist für die Katz. Demnachst an der Front wird es interessanter werden. Da heißt es: du kommst durch — oder du bleibst liegen. Das Ende weiß keiner, auch der Obergeneral weiß es nicht. Im übrigen bin ich weder ängstlich noch mutig, bloß neugierig. Ich gehöre zur Kompanie Brause (wenn gebraust wird, muß ich mitbrausen), trage elisenbeschlagene Stiefel und habe ein Gewehr, mit dem ich gut umgehen läßt, wenn man es schicklich behandelt — augenblicklich ist es gut im Felt.

Sprich! Eine Stimme lärm vor der Tür. Aec. eilt hinaus, ohne Mantel, den Blauschliff in der Hand. Post ist also da, und mein Stern zinkert zwischen den Wolken, als wolle er sagen: Suhren, bestimme dich!

Darauf bestimme ich mich und denke an die runden Buchstaben Bifas, die ich vor Wochen täglich in meinen Soldatentagen hielt, die aber in der letzten Zeit ausgeblieben sind. Eine Zeile von ihr ist ein Grasmal mit gerollten Blättern, und wert, darin aussurufen.

Oh, ich werde munter, denn Klees hält Briefe in der Hand. Nichts für Albering, aber der schläft; zwölf für Klees; sieben für Suhren. Ich zögere sie zu öffnen, lege sie auf meine Brust. Ich habe Angst vor jeder kleinen Klage, die aus dem Grasmal herhaucht. Die Klagen dreier Wochen aber — wie könnte ich sie ertragen!

Da ertönen Stimmen, ein Wagen hält unterm Fenster,

die Tür wird aufgestoßen. Sanitäter bringen zwei Verwundete und fordern Stroh. Wir scharren eilig einiges zusammen. Albering ist wach, wir zwei gehen auf den Hof und toppen zwischen nassen Gewächsen hin an eine Scheune, aus deren Strohdach wir Stäbe herausziehen und hinter uns her in die Stube schleifen. Klees kommt von der Feldküche und bringt Kakao, der unbegreiflicherweise ausgegeben wird. Wir reichen den Verwundeten davon. Der erste, ein gedrungener Mann, der einen Kopfverband trägt, und dessen Backen mit Blut beschmieret sind, scheint wohl auf zu sein. Er gießt einen Becher Kakao hinunter, steht auf und sagt vergnügt: „Ich habe da vorhin etwas Weibliches bei der Kapelle gesehen, gehe noch eine Weile fort.“

Damit ist er hinaus. Der zweite, ein Unteroffizier, liegt still und sehr bleich da. Seine Brust hebt und senkt sich mühsam, und die rot umschatteten Augen sind auf das Kerzenlicht gebietet, dessen Flämmchen schwankt und in die großen schwarzen Pupillen des Verwundeten überspringt, wo es sich unruhig gebärdet. Er hat einen Brustschuß. Den Kakao verschmägt er kopfschüttelnd. Ich habe aber Kaffee gepart und lasse ihn trinken. Danach fragen wir ihn, ob er gut liegt. Er flüstert durch seinen pechschwarzen Bart: „Seht nach, ob ich hinten blute.“

Wir heben ihn vorsichtig und erblicken zwischen seinen Schulterblättern ein schwarzes Loch in der Uniform von der Größe eines Pfeilenkopfes. Das Zeug rundherum ist von Blut durchweicht, und auch die Decke, auf der er liegt, hat einen tellergroßen Fleck.

Wir sagen es ihm. Er nickt und blickt ins Licht. Keiner spricht, man hört den Regen fallen. Nach einer Weile kehrt der zweite zurück, ganz durchnäßt, und legt sich erschöpft nieder. Er sagt leise: „Ich wollte bloß meinen Freund noch mal sehen, den Rudolf von der vierten Kompanie. Sie hatten ihn in die Kapelle gelegt.“

„Wandst du ihn?“ fragt Albering von der anderen Wand her. „Er war schon gen Himmel gefahren, der Junge, mit ausgestreckten Armen, sage ich euch, quer durch die Decke. Sein Rock sah aus wie ein siebenfach durchschossenes Kochgeschirr, und so hat's ihn gefaßt. Der beste Mann seiner Kompanie. Sie kamen von rechts übers Moor, als wir Studianka, den Gutshof, nehmen wollten und nicht konnten. Sie schlugen uns heraus, die Braven. An den Beinen hatte er keinen einzigen Schuß, weil die im Dreck stekten. Als ich ihn herholte, gaben sie mir den.“

(Fortsetzung folgt.)

## 45 Soldat Suhren.

### Roman von Georg von der Bring.

Copyright 1927 by J. M. Spauth Verlag, Berlin.

### Brief im Traum.

Mein Stern ist verlunken. Die Abende, wo das Kleid der Mutter das Klavier streifte, eine Kirchenglocke schlug, und unterm Fenster die nassen Birnen in den Bäumen hingen — ich nahm den Schlüssel, und meine Schritte hallten durch die nächtlichen Straßen. In einer bestimmten Stelle trat ich auf eine Eisenplatte, die ein Abflusrohr überdeckte. Das gab einen grellen Laut, nicht mehr und nicht weniger hatte ich erwartet.

Hier der Kai — und ich sah von der Brücke in die schwarze Flut, welche ruhelos wurgelte und gegen Ballon und Bootwände schlug. Niemand war in der Nähe. Im Norden, wo Lichter sich spiegelten, schnauften eintönig und einträchtig drei Elektrotoren; im Süden aber, hinter mir, war alles Schwärze.

Ich sah auf dem eisernen Geländer und dachte hin und her. Man kann mich in Stücke zerschlagen, wenn ich damals kein Gedicht machte. Die Stille durchschredelte mich, und ich machte eins. Und machte viele, und Nacht auf Nacht, die alternden Hände am Geländer. Vor Glück spie ich aus ins Wasser, welches zog.

Leider verbrannte ich sie später, und nur eins blieb am Leben. Eins lebt und ist mein Soldatengebete: das Lied von dem bleichen Zifferblatt, das Lied ohne Sang, das Rauschen eines Nachtvogels, das Wehen einer Stimme mitten unter dem verwölkten Himmel.

Was ist von Suhren geblieben? — Nichts. In der Holzmand dieser Bauernstube, dicht über meinem Kopf, steht das Seitengewehr. Am Seitengewehr hängt der Brotbeutel, und drin ist ein Stück Brot. Nicht übel, denn sobald man Hunger hat, heißt man davon ab. Die Kerze blakt, das Stroh raschelt. Albering kratzt sich Klees schreibt einen Brief auf seinem Tornister. Die Nacht ist da, und der Regen fällt schallend in die Bäume.

Dies ist eine steinfalte Stunde. Ich frame weiter in meiner Gedächtnisruhe und finde ein anderes Bild. Ich bin in einer großen Stadt und umschleiche ein Haus. Ich umschleiche es, solange ich Lust habe. An Zeit ist nie Mangel, und Lust ist ge... da. Oben im dritten Stock, in dessen

## Abschied von Joseph Seih. Die Trauerfeier im Krematorium.

Trüber Spätherbst lag über der Stadt, als sich gestern nachmittag im Krematorium Gerichtstraße die große Trauergemeinde versammelte, um dem plötzlich verstorbenen Vorsitzenden des Verbandes der Deutschen Buchdrucker, Joseph Seih, das letzte Geleit zu geben.

Buchdrucker nicht nur aus allen Teilen Deutschlands, sondern auch aus dem Auslande, standen erschüttert am Sarge des bewährten Führers. Unter den Teilnehmern sah man die alten Genossen und Kollegen Paul Löbe und Peter Graßmann. Schwarzumflort umhüllten das Bonner Gutenberg und die rote Fahne der Sozialdemokratischen Partei. Den prächtigen Kranz der Buchdrucker schmückte eine Schleife in den Buchdruckerfarben. Kränze mit roten Schleifen und ehrender Widmung hatten der ADDB und die Konzentrationsgesellschaft der sozialdemokratischen Buchdrucker niedergelegt.

Der Buchdrucker-Verband „Typographia“ leitete die Feier mit dem stimmungsvollen Vortrag des Liedes „Sei getreu“ ein. Dann trat der zweite Vorsitzende des Buchdruckerverbandes, Krauß, an den Sarg, um dem toten Freund und Kampfer Worte der Berehrung und des Dankes nachzusprechen. Eine große, nur schwer zu schließende Lücke sei durch den Tod von Joseph Seih in die Gewerkschaftsbewegung gerissen worden. Das Vertrauen der Buchdrucker beruhe Seih schon in jungen Jahren auf verantwortungsvollen Posten. Seit 1904 war er Gewerkschafter in Bayern, bis er 1918 — nach dem Tode Döbkins — zum ersten Vorsitzenden des Gesamtverbandes gewählt wurde. Der Wiederaufbau des Buchdruckerverbandes nach der Inflationszeit ist in erster Linie das Verdienst der umsichtigen und geschickten Führung von Joseph Seih. Die deutschen Buchdrucker gedenken in Liebe ihres mitten aus dem Schaffen gerissenen Führers. Sie werden sein Werk fortsetzen. Für die Redaktion des „Korrespondent“ sprach Krauß Abschiedsworte. Der erste Vorsitzende des ADDB, Genosse Leipart, hob hervor, daß die deutschen Gewerkschaften dem erfolgreichen Wirken des Verstorbenen immerdar eine dankbare Erinnerung bewahren werden. Worte des Gedenkens widmeten ferner Haß für die Arbeiterschaft des graphischen Gewerbes, Remczel, Prag für die Buchdrucker-Internationale und Braun für die föderale Bewegung des Verbandes der Deutschen Buchdrucker. Genosse Barth dankte im Auftrage der SPD, welcher Seih 35 Jahre treu gedient hat. Der Gesang von Uthmanns „Du ferne Land“ schloß die erhebende Feier.

Dann wurde der Sarg hinausgetragen, um nach München übergeführt zu werden, wo Joseph Seih in heimatischer Erde beigesetzt wird.

## Deutsche Gefängnisse und Zuchthäuser. Ein Vortragsabend ehemaliger Strafgefangener.

Die Deutsche Liga für Menschenrechte veranstaltete am Dienstag im Langenbeck-Birchom-Haus eine Kundgebung mit dem Thema „Deutsche Gefängnisse und Zuchthäuser“, die außerordentlich gut besucht war. Frühere Strafgefangene sprachen.

Ernst Toller, der Leiter der Kundgebung, wies darauf hin, wie das Interesse für die Fragen des Strafvollzugs zwar immer mächtiger, wie die Einsicht immer allgemeiner würde, daß keine Individualschuld, sondern nur eine Kollektivschuld bestände. Auf der anderen Seite aber erstarkt die Reaktion auf dem Gebiete des Strafrechts. Gegen die Brutalität des heutigen Strafvollzugs zu kämpfen, ist Aufgabe aller menschlich Empfindenden. Felix Fechenbach schilderte in einer dramatisch aufgebauten Rede unter genauer Anschauung einzelner besonders furchtbarer Fälle die Leiden des Zuchthäusers. Er sprach von den Raubtierstüben, in die Gefangene gesperrt werden, denen die Kerker für Augenblicke durchgegangen sind. Er sprach von der Qual des Sprechverbots, er berichtete davon, daß die Aufseher ja alle nur kleine, schlecht bezahlte Sicherheitsbeamte, aber keine psychologisch vorgebildete Pädagogen seien, wie es nötig wäre. Selbstverständliche Dinge sind verboten, der Mensch wird seiner Menschenwürde beraubt. Karl Plätner referierte über die Sexualnot der Gefangenen, ein Thema, das wir schon ausführlich behandelt haben.

Der frühere sächsische Ministerpräsident Zeigner, der seinerzeit wegen einer Lappalie bestraft wurde, erörterte vom Standpunkt des Sachkenners aus die Frage der Strafvollzugsreform. Die Unfähigkeit der Bureaucratie hat hier immer hindernd gewirkt. Theoretisch ist zwar das Sühneprinzip durch das Besserungsprinzip ersetzt worden. Praktisch aber liegen die Dinge im argen. In der Haft ist der Bestrafte jeder Selbstbestimmung, jedes freien Willens beraubt. Dann aber verlangt man von ihm, daß er „gebessert“ wieder heraustritt ins Leben. Das ist offensichtlich Wahnsinn. Vollkommen unvorbereitete Beamte, zu denen jedes Vertrauen fehlt, frühere Schwabbel, sollen den Bestraften „erziehen“. Ueberall wartet heute starke öffentliche Kontrolle, nur bei den Gefängnissen, Zuchthäusern und Irrenanstalten nicht. (Zuruf: Und bei den Fürsorgeerziehungsanstalten!) Die Lösung sei nicht: rächen und vergelten, sondern heilen und helfen. In seinem Schlusswort gab Toller noch einmal ergreifende Einzelheiten aus der Festungszeit der bayerischen politischen Gefangenen.

Leider blieb eine der wichtigsten Fragen des Strafvollzugs unerörtert: Was macht der wegen eines kriminellen Deliktes Bestrafte nach der Straferhöhung? Ihn nicht auf die Straße zu setzen und so zu neuen antisozialen Handlungen zu verleiten, sondern schon während der Zeit der Straferhöhung für seine unaufschiebbare Eingliederung in die Gesellschaft durch Sicherung von Arbeitsmöglichkeit zu sorgen, scheint uns mit die bedeutendste Aufgabe bei einem verständigen Strafvollzug zu sein.

# Ein neuer Gotteslästerungsprozess

## Das Wunder von Konnersreuth. — Ein Redakteur verurteilt.

Das „Wunder von Konnersreuth“ spukt schon seit langem nicht mehr in den Köpfen der Gläubigen, dafür aber noch immer in den Gerichtssälen. Um feinetwillen mußte soeben ein Redakteur ein Urteil wegen Gotteslästerung über sich ergehen lassen. Statt der an sich verwirkten Gefängnisstrafe von einem Monat erhält er eine Geldstrafe in Höhe von 300 M.

Das Wunder von Konnersreuth und Gotteslästerung? Ist Theresia Neumann von der katholischen Kirche nicht endgültig abgeschüttelt worden? Selbstverständlich! Und trotzdem Gotteslästerung? ... Der Redakteur des „Börsenpiegels“ Julius Gottlieb Treuber hatte nämlich in seinem Blatt das Titelbild einer in Wien erschienenen Broschüre „Das Wunder von Konnersreuth“ übernommen. Man sah da im Vordergrund eine weibliche Person, die Wangen und beide Hände mit Wundmalen bedeckt, im Bett liegen. Im Hintergrunde rechts drängen sich Menschen an der Tür zu ihrem Zimmer, begierig, die wundertätige Theresia zu schauen. Links steht schmunzelnd ein Mann, bekleidet mit dem Rock des katholischen Geistlichen. In der rechten Hand hält er ein Nachgeschloß, aus dem ein Blatt Papier herausragt; in der linken eine Sammelbüchse. Unter dem Bilde steht: „Ein Wunder, das wieder gefüllte Töpfchen!“ Vielleicht nicht besonders geschmackvoll und nicht viel schlimmer als tausend ähnliche Karikaturen. Nach der Staatsanwaltschaft war es aber Gotteslästerung — Beleidigung einer „Einrichtung der katholischen Kirche“. Der Redakteur jagte: „Keine Idee!“, bloß die Dummen, die an das

„Wunder von Konnersreuth“ geglaubt haben und der örtliche Pfarrer, der auf Dummenfang ausgegangen war, sollten hier verpöbelt werden. Eine Beschimpfung des Priestertums als solchem habe ihm ferngelegen. Auch den katholischen Wunderglauben habe er nicht treffen wollen. Das Gericht erster Instanz sprach den Angeklagten frei; es war der Ansicht, daß der Wunderglaube zwar zu den Wesensmerkmalen der römisch-katholischen Religion gehöre, jedoch keine Einrichtung der römisch-katholischen Kirche sei; wenn vielleicht auch der Priesterstand als solcher getroffen werden sollte, so nicht das Priestertum. Der Staatsanwalt beruhigte sich nicht bei dem freisprechenden Urteil. In der Berufungsverhandlung zitierte er alte Reichsgerichtsentscheidungen. R.-A. Genosse Dr. Kurt Rosenfeld nannte sie veraltet. Vor der Revolution entstanden, entsprächen sie nicht mehr dem Geist der neuen Zeit. Sollte das Gericht trotzdem zur Verurteilung kommen, so würde seine Entscheidung dem Rechtsauschuß des Reichstages als Material für die Unhaltbarkeit des Gotteslästerungsparagraphen dienen. Die Verpötlung der Theresia Neumann, des Wunders von Konnersreuth“ bedeutete für die Richter jedoch die Verhöhnung des katholischen Wunderglaubens überhaupt; die Verhöhnung des Pfarrers von Konnersreuth ein Verhöhnung des Priestertums im allgemeinen. So kamen die Herren Richter zu der eingangs mitgeteilten Verurteilung. Der Gotteslästerungsparagraph hatte den Sieg davongetragen.

## Die Fahrt in der Einheitsdroschke. Was kostet sie nach dem neuen Tarif?

Die Einheitsdroschke, die jetzt für Berlin kommt, wird der Stadt nach dem Einheitspreis ein Ende machen. Alle Droschken sind künftig Einstreifer und alle haben einen und denselben neuen Tarif. Zwischen Tagfahrten und Nachtfahrten wird nicht unterschieden, wohl aber zwischen Fahrten für eine Person, für zwei Personen, für drei oder vier Personen. Künftig kosten:

für eine Person . . . . .	die ersten 700 Meter 25 Pfg.
	dann je 140 „ 5 „
für zwei Personen . . . . .	die ersten 525 „ 25 „
	dann je 105 „ 5 „
für drei oder vier Personen die ersten 350 „	25 „
	dann je 70 „ 5 „

Eine Berechnung für die ersten 10 Kilometer ergibt, daß die Kosten (in Pfennig) für eine Person, für zwei Personen, für drei oder vier Personen betragen:

1 Kilometer	eine Person	2 Pers.	3 od. 4 Pers.
1	40	10	75
2	75	100	145
3	110	145	215
4	145	195	290
5	180	240	360
6	215	290	430
7	250	335	500
8	290	385	575
9	325	430	645
10	360	480	715

Der neue Tarif soll in den nächsten Tagen amtlich veröffentlicht werden und wird dann sofort in Kraft treten. Die bis dahin noch nicht mit Taximeterzählern nach dem neuen Tarif ausgerüsteten Kraftdroschken müssen einstweilen noch nach dem alten Tarif fahren. Die Umrüstung der Taximeterzählern hat begonnen und wird in nicht ferner Zeit überall durchgeführt sein. Danach wird der alte Tarif endgültig außer Kraft gesetzt werden.

## Die erste Verfehlung.

### Selbstmord eines jungen Defraudanten.

Jugendlicher Leichtsinns und eine geradezu strafbare mangelhafte Kontrolle verleiteten den 23jährigen Buchhalter und Kontoristen Bruno I. aus der Hobrechtstraße in Lichterfelde zu fortgesetzten größeren Unterschlagungen, die in knapp einem Jahr die stattliche Höhe von 40 000 M. erreichten. Als gestern bei einer plötzlichen Revision die Veruntreuungen ans Tageslicht kamen, griff I. zum Revolver und jagte sich im Tiergarten eine Kugel in den Kopf.

Der junge Mann war in einer Fabrik als Lohnbuchhalter angestellt. Er lebte weit über seine Verhältnisse, kleidete sich sehr elegant und neigte zu kostspieligen Vergnügungen. Einer gleichaltrigen Freundin machte er in der letzten Zeit teure Geschenke. Da die Ausgaben mit dem Gehalt in keinem Einklang standen, vergriff sich I. an Geschäftsgeldern. In den Lohnbüchern setzte er höhere Beträge ein, als er tatsächlich auszahlte, und steckte die Differenz in seine Tasche. Bei der Revision stellten sich Unstimmigkeiten heraus, und als man dem jungen Menschen die Beträge aus dem Kopf zusagte, gab er keine Verfehlungen sofort zu. Er entfernte sich von seiner Arbeitsstelle und tötete sich auf dem Floraplatz durch einen Schuß in die Schläfe.

Ein Teil des Geldes, das I. auf sein Konto bei einer Bank eingezahlt hatte, konnte sichergestellt werden. Die Unterschlagungen sollen nach den bisherigen Feststellungen bis in das

Jahr 1927 zurückzuführen. Man fragt sich, wie es möglich war, daß in einem geregelten kaufmännischen Betrieb fortgesetzt Unterschlagungen bis zu 40 000 M. überhaupt möglich waren.

## Das Urteil im Werkspionageprozess. Ein Jahr Gefängnis für Hellmann.

Ludwigshafen, 5. Dezember.

Nach etwa einstündiger Beratung verurteilte das Gericht am Mittwochsabend folgendes Urteil: Der Angeklagte Hellmann wird des Vergehens gegen das Gesetz des unlauteren Wettbewerbes in Lateinheit mit einem Vergehen der Anstiftung für schuldig erklärt und zu einer Gefängnisstrafe von ein Jahr verurteilt. Im übrigen wird der Angeklagte freigesprochen. Der Angeklagte Schwarzwälder wird gleichfalls wegen Vergehens gegen den unlauteren Wettbewerb für schuldig erklärt und zu einer Gefängnisstrafe von neun Monaten verurteilt. Im übrigen erfolgt Freisprechung. Der Angeklagte Müller wird wegen eines Vergehens des unlauteren Wettbewerbs und Beihilfe zu fünf Monaten Gefängnis verurteilt, im übrigen freigesprochen. Soweit Verurteilungen erfolgen, werden die Angeklagten die Kosten tragen. Der Haftbefehl gegen Müller wird aufgehoben, gegen die Angeklagten Hellmann und Schwarzwälder jedoch aufrecht erhalten.

## Parteijubilare in Charlottenburg.

Am Sonntag, dem 2. Dezember, veranstaltete die 57. Abteilung eine stimmungsvolle Feier zur Ehrung der Alten, die 25 und mehr Jahre der Partei angehören. Der große Vortragsaal des Cecilienhauses war geschmackvoll dekoriert und mit den Büsten von Marx und Bebel geschmückt. Nach Begrüßungsworten des Genossen Marcus begann die Feier mit dem Streichquartett C-Moll op. 18 von Beethoven unter Führung von Anita Marcus. Genosse Boywod sand warme Worte zur Ehrung der Jubilare, worauf Genosse Simon Rosenstein, selbst einer der Jubilare, mit jugendlicher Begeisterung dankte. Darauf folgten einige Resolutionen. Abgeschlossen wurde die schöne Feier mit dem Lied: „Die Wolgoshiffer“ und der Vortührung der beide Filme: „Der 21. Oktober in Berlin“ und „Der schwarze Sonntag in Moskau“. Der Bezirksauschuß für sozialistische Bildungsarbeit und die Zeitung der 57. Abteilung haben sich durch die Veranstaltung dieser gut gelungenen Feier ein großes Verdienst um die Arbeiterbewegung erworben.

## Vom elektrischen Schlag getroffen.

Auf dem Grundstück der Pumpstation am Kronenhaus im Luckenwalde werden Kanalisationsarbeiten ausgeführt, die durch die Grundwasserhältnisse besonders schwierig sind. Bei dieser Arbeit geriet einer der Arbeiter mit der Lichtleitung in Verbindung. Sofort wurden sämtliche Arbeiter vom elektrischen Schlag getroffen. Zwei Arbeiter wurden sofort getötet, während vier andere zum Teil schwer verletzt wurden.

Wihnachten steht vor der Tür. Sie selbst brauchen neue Winterkleidung, müssen Angehörigen und Freunden zum Fest durch praktische Geschenke Ihre Freude bereiten. Sie sind in Sorge, woher Sie den Rock, das Tuch, das Jackett, was soll ich schenken? Kommen Sie zu uns! Der Bauer trägt Ihnen den richtigen Weg. Er macht Ihnen die Wahl leicht, gibt Ihnen Lehren an Verlebung in allen Größen, in vielen Farben, in modernen Formen und zu Preisen, die Ihren Verhältnissen entsprechen. Ihnen die Wahl und den Rat geben und zum Genuß machen. — Er kennt die Wünsche und Sorgen der Berliner seit mehr als 40 Jahren. Ist Spezialist für Herren-, Junglings- und Knabenkleidung. Heißt Sie so, wie Sie es wünschen — modern, praktisch, preiswert. Beachten Sie in Ihrem eigenen Interesse die Inserate der Firma Bauer Sohn u. Co., Charlottenburg, 36-38.



# Eine ganze Heerschar von

leckeren Kuchen, Torten, Puddings usw. können Sie kinderleicht nach Dr. Oetker's neuem farbig illustrierten Rezeptbuch, Ausgabe F herstellen, das Sie für 15 Pfennig bei Ihrem Kaufmann bekommen können. Sie erfahren aus dem Buch auch Näheres über den vorzüglichen

### Backapparat „Küchenwunder“

mit dem Sie auf kleiner Gaskocherflamme backen, braten und kochen können. — Dr. Oetker's Backin-Backpulver, Puddingpulver, Vanillin-Zucker, Gustin usw. sind in allen Ge-

schäften stets frisch zu haben. — In völlig neuer Bearbeitung ist

### Dr. Oetker's Schulkochbuch

Ausgabe C wieder erschienen. Es will für jede Hausfrau und besonders für die angehenden ein guter Ratgeber in der Haushaltsführung sein. Zahlreiche farbige Tafeln vervollständigen die Sammlung von fast 500 Koch-, Back- und Einmache-Rezepten. Das 150 Seiten starke Buch ist, wo nicht vorrätig, gegen Einsendung von 30 Pfennig in Marken von mir direkt zu beziehen.

Sie erhalten Dr. Oetker's Fabrikate nur in Originalpackungen, niemals lose, mit der Schutzmarke „Oetker's Hahnenkopf“ in allen einschlägigen Geschäften.

## Dr. August Oetker, Bielefeld.

Im Berliner Hausfrauen-Verein kommt nur Dr. Oetker's Backin-Backpulver zur Verwendung.

Die vollkommenste  
echte  
Orient-Cigarette



REEMTSMA  
CIGARETTEN

**OWAA**

des *Arabien* **Seemanns**

**5** Pf.



# Cornelius Berkhoven gestorben.

## Ein schwerer Verlust für die holländische Sozialdemokratie.

Der Sekretär der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Hollands, Cornelius Berkhoven, ist nach kurzer Krankheit an den Folgen einer Operation im Alter von nur 41 Jahren gestorben. Er bekleidete den wichtigen Posten des Generalsekretärs der Partei seit 1922 und in diesen sechs Jahren hatte die nach dem Kriege durch die Spaltung und die wirtschaftliche Krise etwas stagnierende Sozialdemokratie einen starken organisatorischen Aufschwung genommen, der nicht zuletzt der jugendlichen Latenzkraft Berkhovens zu verdanken ist. Auch als Kassierer hatte er die finanzielle Reorganisation der Partei nicht nur mit bewundernswürdiger Energie, sondern auch mit überraschenden Erfolgen durchgeführt. Wir übermitteln unseren holländischen Genossen, aus deren Mitte er sich durch einen allzufrühen Tod herausgerissen worden ist, den Ausdruck unserer lebhaften Anteilnahme.

# Die Kontrolle des Waffenhandels.

## Unersprechlicher Aufstakt in Genf. — Sind Zivilflugzeuge Kriegsmaterial?

Genf, 3. Dezember. (Eigenbericht.)

Die Kommission für die Kontrolle der privaten Waffenherstellung trat am Mittwoch unter dem Vorsitz des Grafen Bernstorff zu ihrer dritten Tagung zusammen. Der erste Tag verlief wenig verheißungsvoll. Nach einer kurzen Rede des Grafen Bernstorff, die in dem Wunsch gipfelte, dem Völkerbundrat einen einheitlichen Entwurf nach Lugano senden zu können, wurde in einer engeren Unterkommission in eine Nachprüfung der bestehenden Streitkräfte eingetreten. Die Verhandlung gelang es in dieser Unterkommission nicht, Einigkeit herbeizuführen. Nach wie vor besteht der Gegensatz zwischen den Ländern mit einer eigenen großen Waffenfabrikation, die für ein Mindestmaß an Öffentlichkeit und Kontrolle sind, und den Ländern, die ihr Kriegsmaterial einkaufen müssen und die infolgedessen die Öffentlichkeit nicht nur der privaten, sondern auch der staatlichen Waffenherstellung anstreben.

Der einzige bemerkenswerte Vorfall bestand darin, daß die Annäherung zwischen England und Frankreich bei der Frage der Zulassung von Zivilflugzeugen in Erscheinung trat. Während England bisher jede Einbeziehung der Flugzeuge in das Abkommen ablehnte, leitete der englische Vertreter in der Unterkommission jetzt mit, daß England sich dem französischen Standpunkt, nicht nur die Herstellung von Militärflugzeugen, sondern auch von Zivilflugzeugen zu erfassen, anschließen. Dieser Standpunkt dürfte trotzdem nicht durchgehen, da nicht nur Deutschland, sondern auch die Vereinigten Staaten von Nordamerika und andere Länder gegen die Bezeichnung der Zivilflugzeuge als Kriegsmaterial sind.

# Friedenskundgebung der englischen Völkerbundliga.

London, 3. Dezember. (Eigenbericht.)

In London trat am Mittwoch unter dem Vorsitz Lord Cecil eine von der britischen Völkerbundliga veranstaltete Friedenskonferenz zusammen. In seiner Eröffnungsrede stellte Lord Cecil fest, daß Großbritannien mehr als ein Mitglied dieses gemeinsamen Staatsausgaben für Rüstungen zwecke vermenge. Es sei bedauerlich, in so schwieriger Zeit wie der gegenwärtigen, jährlich eine Summe von 2 Milliarden Pfund für militärische Zwecke auszugeben. Lord Cecil wandte sich im weiteren Verlauf seiner Rede gegen die weit verbreitete Vorstellung, als ob die Außenpolitik eine „mystische Angelegenheit“ sei und von Kräften bestimmt würde, die lediglich beherrschten Spezialisten verständlich wären.

In einer stark positiven Rede betonte der folgende Redner, der britische Feldmarschall Sir William Robertson, daß der Verlust an Menschenleben und die Zerstörung des Reichums der Nation in einem zukünftigen Kriege um ein Vielfaches größer sein werde als in den Jahren von 1914 bis 1918. Die beiden der Weltbevölkerung durch Luftangriffe und den chemischen Krieg werden überhaupt unvorstellbar. Feldmarschall Robertson wandte sich ferner in scharfen Worten gegen die imperialistischen Tendenzen, die sich in der amerikanischen Außenpolitik und in offiziellen amerikanischen Äußerungen zur Flottenfrage bemerkbar machten und betonte, daß die gegenwärtige Haltung Amerikas in der Flottenfrage eine auffallende Neuhäufung mit der von Deutschland vor 1914 eingenommenen Stellung habe.

# Ein Finanzskandal in Frankreich.

## Börse und Presse.

Im Vordergrund des Interesses steht in Frankreich gegenwärtig eine recht unklare Affäre, in die Presseunternehmen und Kreditinstitute verwickelt sind. Es handelt sich um eine positiv angebaute Zeitschrift, die „Gazette du Franc et des Colonies“, die in ihrem wirtschaftlichen Teil Propaganda für bestimmte industrielle und finanzielle Unternehmen macht. Durch gegenwärtige Gewinne, von ähnlicher Höhe wie beim Berliner „Lombardhaus“ Bergmann, angelockt, strömten die an der Pariser Börse bisher mit Geschick und anscheinend auch mit Erfolg spekulierten Anleger das ganze Institut vor dem Hintergrund des Wert von Finanzabenteurern, was sich schon aus den gegenwärtigen Zahlenveränderungen ergibt.

Schließlich griff die Staatsanwaltschaft ein, angeleitet durch den Börsenvorstand und die Großbanken, so daß zunächst behauptet wurde, das führende Finanzkapital habe sich mit Hilfe der Staatsgewalt eines unüblichen Konturenentwerfens bedienen wollen.

Obdessen hat die Aktion der Justiz ihren Lauf genommen und mehrere sind die Leiter des finanziellen Unternehmens verhaftet worden, während die journalistischen Kräfte dieser „Gazette“ einweilen unbeschädigt bleiben, weil zwischen ihrer politisch-schriftstellerischen Tätigkeit und den finanziellen Manipulationen der Herausgeber angeblich kein Zusammenhang bestand.

Durch die Aktion der Staatsanwaltschaft ist natürlich der Zusammenbruch des Unternehmens unvermeidlich geworden, aber offenbar haben die Behörden die Ueberzeugung gewonnen, daß dieser Zusammenbruch keineswegs eingetreten wäre, weil das Unternehmen auf betrügerischer Grundlage aufgebaut war. Es ist daher bei späterem Eingriff noch weitere Sparen um ihr Geld gebracht worden wären.

Durch diesen Zusammenbruch sind Zehntausende von mehr oder weniger gläubigen, jedenfalls aber sehr geldgierigen Einwohnern in Mitleidenschaft gezogen worden. Andererseits bedroht die Affäre ebenfalls — wie meist solche Finanzskandale

# Er hat recht!



„Meine Herren, in der allgemeinen Kostfrage der Landwirtschaft bleibt der einzige Lichtblick der gute Ausfall der Weinernte 1928.“

# Chamberlain in Bedrängnis.

## Neue Rheinlandanfragen im Unterhaus.

London, 3. Dezember.

Im Unterhaus richtete Thurle (Arbeiterpartei) an Chamberlain die Anfrage, ob er in Verbindung mit der Frage der weiteren Befestigung des Rheinlandes der von dem verstorbenen Präsidenten Wilson, Clemenceau und Lloyd George unterzeichneten Erklärung, die im Juni 1919 zur Interpretation des Artikels 431 des Versailler Vertrages veröffentlicht wurde, Beachtung geschenkt habe. In dieser Erklärung, so sagte Thurle, ist mitgeteilt worden, daß die alliierten und assoziierten Mächte, wenn Deutschland zu einem früheren Zeitpunkt als nach Ablauf der 15jährigen Frist Beweise seines guten Willens und befriedigender Bürgschaften für seine Absicht, alle seine Verpflichtungen zu erfüllen, gegeben habe, bereit sein würden, über eine frühere Beendigung der Befestigung untereinander zu einem Abkommen zu gelangen.

Chamberlain antwortete: Javohl. Die fragliche Erklärung bezieht, wenn Deutschland bis zu einem früheren Datum als dem 10. Januar 1935 einen Beweis seines guten Willens und zufriedenstellende Garantien für die Sicherung der Erfüllung seiner Verpflichtungen gegeben habe, dann würden die interessierten alliierten und assoziierten Mächte, nämlich Großbritannien, Frankreich und die Vereinigten Staaten, sich bereit finden, untereinander ein Einverständnis über eine frühere Beendigung der Befestigungszeit herbeizuführen. Die ehemals alliierten Mächte sind auch jetzt von dem Geist der Erklärung vom 16. Juni 1919 befeuert (?), wie die in Genf am 16. September d. J. von den Vertretern Großbritanniens, Frankreichs, Belgiens, Italiens, Japans und Deutschlands angenommene Entschließung zeigt, in der die Öffnung offizieller Verhandlungen hinsichtlich einer baldigen Räumung des Rheinlandes gebilligt wird.

Das Mitglied der Arbeiterpartei Thurle fragte dann: Kann ich denn der Auffassung sein, daß Deutschland nicht notwendig sämtliche die Reparationen betreffenden Vertragsartikel voll und ganz erfüllt haben muß, um eine Prüfung der Frage der Räumung des Rheinlandes zu erreichen?

Chamberlain antwortete: Ich möchte den Abgeordneten nochmals auf meine wohlüberlegte Antwort von vorgetern hinweisen, in der ich sowohl die juristische als die politische Seite der Angelegenheit erörtert habe.

Abgeordneter Thurle: Ist sich der Staatssekretär des Auswärtigen nicht bewußt, daß zwischen der Antwort, die er am Montag und der, die er heute erteilt hat, ein scharfer Widerspruch besteht?

Chamberlain: Nein. Ich bin durchaus überzeugt, daß ein solcher Widerspruch nicht besteht, und wenn der Herr Abgeordnete die beiden Antworten nebeneinander überprüfen wird, so wird er, wie ich sicher glaube, zu demselben Schluß kommen.

Stanworth fragte, ob dem Staatssekretär beim Entwurf seiner schriftlich fixierten Antwort am Montag der Inhalt des Bocaromopats gegenwärtig gewesen sei, und ob bei der Erstellung dieser Antwort der Bocaromopat in Rechnung gezogen worden sei.

Chamberlain: Soweit der Bocaromopat überhaupt irgend eine Beziehung zu der Angelegenheit hat, ist das gewiß der Fall gewesen. Ich bin allerdings nicht der Auffassung, daß er irgend eine direkte Beziehung auf die Auslegung des Vertrages von Versailles hat.

besonders in Frankreich — eine stark politische Rolle. Ein Mitglied der jetzigen Regierung Poincarés wurde gestern in der Kammer vom sozialistischen Interpellanten Chastaner — zunächst ohne Namensnennung — beschuldigt, dieser Affäre nahe zu stehen. Allerdings verweigert, daß auch das „L'Espresso“, das „Quotidien“, das seinen Angelegenheiten an die „Gazette“ verpackt hatte, durch den Zusammenbruch vor dem Ruin steht. Moralisch war der „Quotidien“ allerdings seit mehr als einem Jahre bereits ruiniert, als es sich herausstellte, daß seine Herausgeber und Chefredakteure, im schroffen Gegensatz zu den feierlichen Versprechungen bei der Gründung des Blattes, sehr bedeutende Bindungen finanzkapitalistischer Natur eingegangen waren, die den politischen Inhalt der Zeitung oft entscheidend beeinflussten.

# Georg V. im Todeskampf?

## Temperatur wieder gestiegen.

London, 3. Dezember.

Heute abend wurde folgendes Bulletin über die Krankheit des Königs ausgegeben: „Der König hat einen ruhigen Tag verbracht, die Temperatur ist auf einen im Vergleich zur selben Stunde gestern abend, höheren Punkt gestiegen, was zeigt, daß die

König Smith fragte, ob der Staatssekretär hinsichtlich der juristischen Seite der Frage und der juristischen Interpretation in seiner am Montag erteilten Antwort das von seinem Vorgänger im Staatssekretariat des Auswärtigen 1919 unterzeichnete Dokument in Rechnung gezogen habe.

Chamberlain: Gewiß. Die Frage, die ich am Montag beantwortete, war eine Frage hinsichtlich der Interpretation des Versailler Vertrages, der für die ehemals alliierten Regierungen sowohl wie für Deutschland bindend ist. Dagegen befragt man mich heute über eine Nebenankunft, an der weder Deutschland noch andere alliierte Regierungen als Partner beteiligt sind. Dieses Dokument hat keinen Bezug auf die von mir am Montag abgegebene Erklärung.

König Smith: Ist dieses Dokument nicht eine Interpretation der juristischen Seite der Angelegenheit?

Chamberlain: Nein, gewiß nicht. (??) Das Dokument ist eine Erklärung der Absichten der drei genannten alliierten Regierungen und eine gegenseitige Verpflichtung zwischen diesen drei Regierungen. Es ist nicht eine Verpflichtung gegenüber der deutschen Regierung oder gegenüber anderen alliierten Regierungen, obwohl all diese Regierungen zurzeit im Geiste dieser Erklärungen handeln.

Wedgwood fragte: Hat die britische Regierung sich dahingehend entschlossen, daß ihrer Ansicht nach die Räumung des Rheinlandes davon abhängig gemacht werden muß, daß Deutschland einer Veränderung oder endgültigen Regelung der Reparationen zustimmt?

Chamberlain: Ich möchte den Herrn Abgeordneten ersuchen, auf die Antwort zurückzugreifen, die ich hinsichtlich der Auslegung des Artikels 431 des Vertrages von Versailles dem Abgeordneten König Smith am vergangenen Montag erteilt habe.

Wedgwood: Was inuner auch die juristische Interpretation des Artikels 431 sein mag, ist es endgültig zu betrachten, daß wir, solange die derzeitige Regierung im Amt ist, uns der französischen Auffassung anschließen, diese beiden Fragen, nämlich die Räumung und die Reparation, in zwangsläufigem Zusammenhang zu halten und die deutsche Rechtsauffassung zu bestreiten, daß die beiden Fragen im Zusammenhang stehen?

Chamberlain: Es wäre richtiger, wenn der Herr Abgeordnete die Güte haben wollte, seine Frage schriftlich niedergulegen und mir Zeit zu ihrer Prüfung zu geben.

Wedgwood: Haben wir nicht einen Anspruch darauf, dies endgültig festgestellt zu sehen? Die Antwort am Montag war nicht klar. Was ich wissen möchte, ist, ob die Antwort, die der Staatssekretär am Montag hinsichtlich der juristischen Inhalts des Artikels 431 erteilt hat, Großbritannien verpflichtet, nunmehr die französischen Rechtsansprüche gegen die deutschen Rechtsansprüche zu unterstützen?

Chamberlain: Ich habe den Herrn Abgeordneten bereits darum gebeten, mich über eine Anfrage von solcher Bedeutung vorher zu verständigen. Es liegt auf der Hand, daß jede Antwort, die ich auf eine Anfrage dieser Art erteile, in meinem Umkreis außerhalb der Mauern dieses Hauses gelesen wird, und ich habe das Recht zu verlangen, daß mir eine derartige Anfrage vorher angekündigt wird.

Wiedererschlimmerung der Infektion weiterhin aktiv ist. Die Kraft ist aufrechterhalten.“

Der Prinz von Wales ist auf der Rückreise von Ostafrika nach England in Athen eingetroffen und in Richtung Sizilien gleich weitergefahren.

Der Volkzugrat der Arbeiterpartei richtete eine Sympathiekundgebung an den König, in der der Hoffnung auf eine baldige Genesung Ausdruck gegeben wird.

Der Schweizer Nationalrat wählte zum Vizepräsidenten den Sozialdemokraten Paul Graber mit 78 von 112 Stimmen. 43 Stimmgewichte waren leer oder unglücklich. Weitere Stimmen erhielten die Sozialdemokraten Grosjean und Gram. Genosse Graber, seit 1912 im Parlament, ist Redakteur der „Sentinelle“ (Schilfwache) und Sekretär der romanischen sozialdemokratischen Partei der Schweiz.

Bei den internationalen Bifestochern kam es in Innsbruck zu schweren Ausschreitungen. Nationalsozialisten führten die Verharmung. Als sie aufgefordert wurden, den Saal zu verlassen, schlugen sie mit Stühlen auf die Anwesenden ein. Auch von der Galerie wurden Stühle in den Saal geworfen. Mehrere Personen wurden verletzt, darunter drei schwer. Die Polizei nahm mehrere Verhaftungen vor.

